

B.5 Friedensarbeit und Friedenserziehung

Aus:

Uli Jäger: Erziehung für das Militär? Erziehung für den Frieden! Eine Handreichung für den Unterricht zur Auseinandersetzung mit der vormilitärischen Erziehung in der DDR.

Erstellt im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

August 1995

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.,

Corrensstr. 12, 72076 Tübingen.

kontakt@friedenspaedagogik.de

Online verfügbar unter:

http://www.friedenspaedagogik.de/themen/vormilitaerische_erziehung_in_der_ddr

Friedensarbeit in der DDR

M. 89

Wer leistete Friedensarbeit?

Die von den selbstorganisierten und unabhängigen Gruppen geleistete Friedensarbeit in der DDR war sehr facettenreich. Folgende Problem- und Themenstellungen spielten eine bedeutende Rolle:

- *Die kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Elementen der Wehrerziehung war vor allem nach der Einführung des Wehrunterrichts 1978 ein zentrales Thema der Friedensarbeit. Problematisiert wurden auch die verschiedenen Formen der zivilen Verteidigung und die damit verknüpfte Verharmlosung eines Atomkrieges. Als »Alternative« zur Wehrerziehung wurden unterschiedliche Ansätze für eine Erziehung zum Frieden diskutiert und in Seminaren und Gruppen erprobt.*
- *Ein weiterer Schwerpunkt war die Beschäftigung mit Fragen des Wehrdienstes. Hierbei spielte vor allem die (juristische und inhaltliche) Beratung für junge Männer eine Rolle. Während von staatlicher Seite neben der Ableistung des normalen Wehrdienstes auf die Verpflichtung als Zeit- und Berufssoldat gedrängt wurde, stand als Alternative nur die Verpflichtung zu den »Bausoldaten« oder die strafrechtlich verfolgte »Totalverweigerung« zur Verfügung. Von verschiedenen Gruppen gefordert wurde die Einführung eines zivilen Friedensdienstes.*
- *Mit Beginn der achtziger Jahre bildeten sich zeitgleich zur Hochphase der Friedensbewegung in der BRD verstärkt Friedensgruppen, die nicht nur gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft protestierten, sondern auch die globalen*

sicherheitspolitischen Probleme zum Thema machten. Hierzu gehörte auch die u.a. von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe initiierte Gruppe der »Frauen für den Frieden«.

- *Im Rahmen des »Konziliaren Prozesses« wurden Friedensfragen mit der ökologischen Problematik und der Forderung nach weltweiter Gerechtigkeit verknüpft. Höhepunkt dieser Diskussion war 1989 eine ökumenische Versammlung in Dresden.*
- *Schließlich wurden zunehmend Menschen- und Bürgerrechtsfragen thematisiert.*

Wichtige Merkmale der kritischen Auseinandersetzung in der DDR mit den Problemen militärischer Sicherheitspolitik und der vormilitärischen Erziehung waren neben der besonderen Rolle der Evang. Kirche und der ständigen Gefährdung durch staatliche Repressionen die Intensität der Diskussionen. »Viele Jahre hindurch«, so Friedrich Schorlemmer bei seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille im Jahr 1989, »haben wir in Referaten, Seminaren und Thesenpapieren, in Werkstätten und Synoden, in kleineren und größeren Aktionen (...) den Streit um die »Bedingungen des Friedens« geführt«.

»(...) Der Begriff ›Friedensbewegung‹ ist ursprünglich nicht eine Selbstbezeichnung der Bezeichneten, sondern stellt eine Außenansicht dar. Er legt eine Einheitlichkeit nahe, die bis heute organisatorisch gar nicht besteht, aber auch sonst nur schwer beschreibbar ist. Mit ihm werden Friedensinitiativen zusammengefaßt, die sehr unterschiedlich und auch voneinander unabhängig sind. Vielfach weiß man nicht einmal voneinander und lernt sich erst jetzt so nach und nach kennen. Es gibt keine Zentrale oder Leitung, kein Informationsnetz, auch keine Personen oder Gruppen, ohne die es nicht ginge und die die Bewegung als ganze prägten. (...) Ein wichtiger Bestandteil sind die besonders in den letzten drei Jahren an verschiedenen Orten entstandenen Friedenskreise und -gruppen. Sehr viele von ihnen siedelten sich im Raum der Kirche an, auch wenn in den meisten Christen und Nichtchristen zusammenarbeiten. Andere bleiben bewußt außerhalb solcher Einbindungen. Doch auch diese suchen vielfach durch beteiligte Christen den Kontakt zur Kirche und die Möglichkeit zu Veranstaltungen und Aktionen in ihrem Raum. Im Laufe des letzten Jahres haben sich in mehreren Städten Frauengruppen gebildet, ausgehend von einer Eingabe gegen den Wehrdienst von Frauen, der durch das neue Wehrgesetz der DDR ermöglicht wird. Weiterhin sind die Schriftsteller zu nennen, die besonders beim von Stephan Hermlin initiierten Schriftstellertreffen im Dezember 1981 klare Worte gefunden haben. Ihre Beiträge gingen auf vielfache Weise vervielfältigt von Hand zu Hand und regten so zu eigenem Reden an. Ungezählte einzelne beteiligten sich an Veranstaltungen und Ak-

tionen, trugen den Aufnäher ›Schwerter zu Pflugscharen‹ oder unterstützten den Aufruf zur Bildung eines ›Sozialen Friedensdienstes‹ als wirklichen zivilen Wehrersatzdienst durch ihre Unterschrift. Viele suchen Kommunikation, finden sie aber oft nicht, denn die Zahlen sind im Verhältnis zur Bevölkerung verschwindend klein. Manche versuchen allein oder mit Freunden sporadisch ›etwas zu tun‹.

Nicht zu vergessen ist die wachsende Zahl derer, die zu den Bausoldaten gehen. (...)

Im Zusammenhang mit der Friedensarbeit in der DDR die Gruppen der Christlichen Friedenskonferenz nicht zu nennen, wäre gewiß falsch, obwohl sich ihr Charakter durch den Wegfall kritischer Momente deutlich von den bisher genannten unterscheidet. « Markus Meckel: Friedensarbeit im Widerspruch. Zur Friedensarbeit in der DDR.

Der Text ist 1983 entstanden und wird hier zit. nach: Markus Meckel / Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Köln 1994, S. 142 ff.

M. 90

Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre

»Im Herbst 1980 wurde die erste Friedensdekade veranstaltet. Zum Symbol wählte die DDR-Friedensbewegung eine Plastik im stalinistischen Stil, die die Sowjetunion der UNO zum Geschenk gemacht hatte. Als scheinbar ungefährlich-systemkonform wurde der schmiedende Recke mit der Aufschrift ›Schwerter zu Pflugscharen‹ als Aufnäher breit verteilt. Im Frühjahr 1981 formulierte eine Dresdner Gruppe die Ergebnisse einer langen Diskussion in dem Aufruf zu einem ›Sozialen Friedensdienst‹ (SoFD). Der Aufruf wurde als ›friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindliche Aktion‹ verurteilt, eine Verfolgungskampagne

gegen die Träger des Aufnäher ›Schwerter zu Pflugscharen‹ in Schulen, Betrieben und Universitäten eingeleitet.

Die Jahre 1980 bis 1982 müssen als Beginn einer Politisierung der Friedensbewegung angesehen werden. Zunehmend wurden nicht nur persönliche Befindlichkeiten und christliche Motivationen diskutiert. Insbesondere der Friedenskreis der Ostberliner ESG begann mit der Diskussion gesamtgesellschaftlicher Probleme. Das war sicherlich einer der Gründe, weshalb es zu dieser Zeit zur Zusammenarbeit zwischen kritischen Sozialisten und Christen kam. (...)

(1982) fand im Süden der DDR die erste große spektakuläre Aktion der Friedensbewegung statt. Mit Flugblättern rief der spätere Friedenskreis Wolfspelz zu einer Gekendemonstration zum 37. Jahrestag der Bombardierung Dresdens auf. 5.000 junge Leute kamen aus allen Teilen der DDR. Angesichts der Drohungen der Sicherheitsorgane, das Treffen auseinanderzujagen, öffnete der sächsische Landesbischof Hempel die Kreuzkirche.

Als Reaktion auf dieses Dresdner

Ereignis konzipierte der Friedenskreis der Ostberliner ESG die Friedenswerkstatt, zu der im Juli 1982 Friedens- und Umweltgruppen aus der ganzen DDR und etwa 5.000 Besucher zusammenkamen. Es gab Stände, Beratungen, Diskussionen, Lesungen, Konzerte und Theater – eine für die DDR einmalig freie und offene Veranstaltung. «

Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Berlin 1992, S. 30f.

M. 91

Zur Bedeutung westlicher Friedensbewegung

»Bis zum Jahre 1983, in dem sie (mindestens quantitativ) ihren Höhepunkt erreichte, strebte die Friedensbewegung hauptsächlich nach einer Verhinderung der Raketenstationierung in Europa. Doch viele erkannten nicht, daß es bereits seit 1980 zwei deutlich unterscheidbare Stränge gab, zwischen denen allerdings bis zur Stationierung immer wieder tragfähige Kompromisse möglich waren. Die eine Strömung neigte zu

M. 92

Friedenstag in Erfurt



den Aussagen des schon zitierten END-Appells, richtete sich gegen die Aufrüstung beider Supermächte und ging von der Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Veränderungen in Ost und West aus, wenngleich wesentliche Unterschiede dieser Gesellschaften mitunter vernachlässigt wurden. Die andere, zahlenmäßig viel stärkere Strömung orientierte sich am Minimalkonsens einer möglichst scheinenden Verhinderung der Stationierung von US-Raketen. Ihre Diskussionen und Vorschläge bezogen sich vorzugsweise auf die militär- und sicherheitspolitische Ebene. Für die gesellschaftlichen Probleme in unserem Teil Europas zeigte sie nur geringes Interesse. Für die meisten der vorwiegend im Rahmen der Kirche agierenden eigenständigen Friedensgruppen in der DDR stellte sich die westliche Friedensbewegung zunächst als recht einheitlich dar. Unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte schlossen sich zu Demonstrationen, Belagerungen von Raketenstützpunkten und Menschenketten zusammen und machten das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung sowie die Mißachtung des Willens einer Bevölkerungsmehrheit deutlich. Für viele, vor allem junge Leute in der DDR hatten diese Aktionen der westlichen Friedensbewegung die Wirkung einer Initialzündung: bis zum Jahre 1983 wurden die unabhängigen Gruppen stärker. Die Furcht vor der Vernichtung des Lebens war größer als die Angst vor Repressionen oder dem Entzug kleiner Privilegien. Es eröffneten sich neue Räume. Bisher kaum Gedachtes wurde nunmehr öffentlich gesagt von Teilen einer Generation, der man ihre Sprachlosigkeit und ihr Anpassungsvermögen als größte Tugend einzureden versucht hatte. Sie blieben zwar eine Minderheit, aber eine, die sich vernehmlich äußerte. Sie wurde nicht nur von der Staatssicherheit bemerkt, sondern auch von vielen, die durch die neuen

Gefahren sensibilisiert waren, den Schritt in die Öffentlichkeit jedoch noch nicht wagten. Trotz der großen Wirkung der westeuropäischen Friedensbewegung auf die hiesigen Gruppen blieben für diese zu jeder Zeit die eigenen Erfahrungen entscheidend. Sie wehrten sich gegen die alltägliche Militarisierung und Disziplinierung. Sie wollten endlich mündig sein. Sie klagten das Recht ein, politische Entscheidungen zu kontrollieren und zu beeinflussen, die ihr Leben und das der nachfolgenden Generationen betrafen. Den meisten war klar, daß die Gefahren nicht allein vom Rüstungswettlauf herrührten. Für einen Minimalkonsens westlicher Prägung gab es bei uns keine Grundlage.

Die auf unsere konkrete gesellschaftliche Situation bezogene Arbeit der Gruppen wirkte ihrerseits auf Teile der westlichen Friedensbewegung zurück, ermöglichte zahlreiche Kontakte und löste gemeinsame Projekte aus. Spätestens im Jahre 1983 wurde klar, daß die Friedensbewegungen in West und Ost mehr füreinander tun konnten als nur ihrer gegenseitigen Legitimation zu dienen.«

Quelle: Gerd Poppe: Zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialogs. In: Gerda Haufe / Kurt Buchmeier (Hrsg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 207 f.

M. 93 **Kirche und** **Opposition**

»Die Anbindung der informellen Gruppen an die evangelische Kirche war durch deren Autonomie gegenüber dem Staat und der SED sowie ihre kulturell und politisch einflußreiche Rolle in der DDR-Gesellschaft, die seit Ende der siebziger Jahre auch von der SED anerkannt wurde, möglich: Außer der evangelischen Kirche gab es keine andere einflußreiche



Die Materialien M.89 bis M.93 geben einen groben Überblick über die Friedensbewegung in der DDR.

- Versuchen Sie auf der Grundlage von M.89 ein Strukturpanorama der Friedensbewegung zu erstellen. Berücksichtigen Sie Motive, Ziele und Inhalte der unterschiedlichen Gruppen.
- Welche Konfliktpotentiale innerhalb der Friedensbewegung und zwischen Friedensbewegung und Staat lassen sich erkennen?

Institution in der DDR, die einer politischen Opposition hätte Schutz vor Unterdrückung und Verfolgung bieten können. Es handelt sich jedoch bei den Gruppen nicht um eine christliche Sozialbewegung, auch wenn unter den Aktivisten und den späteren Protagonisten der Bürgerbewegungen sich viele Christen und Theologen befanden. Die Anbindung war vielmehr politisch und pragmatisch begründet. (...) Bis zum Ende der DDR blieb das politische Verhältnis der Gruppen zu den offiziellen Repräsentanten, den Kirchenleitungen, kompliziert, aber noch unterhalb der Ebene von formalisierten Konflikten und organisatorischen Spaltungen. Es wurde eben dadurch immer komplizierter, daß die Kirche durch die Arbeit der Gruppen selbst in einen Wandlungsprozeß geriet, deren Themenannahme wie sich in der Ökumenischen Versammlung zeigte, sich differenzierte, was alles von den Kirchenleitungen nicht gewollt war.« Karl Bruckmeier: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR. In: Gerda Haufe / Karl Bruckmeier (Hrsg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 15ff.

Friedenserziehung in der DDR

In den kirchlichen Friedenskreisen der DDR hat spätestens seit der Einführung des Wehrunterrichts an den Polytechnischen Oberschulen im Jahr 1978 eine intensive Auseinandersetzung mit Fragen der Friedenserziehung stattgefunden. Als Reaktion auf die staatlich verordnete Wehrerziehung an Schulen, die u.a. auch die Teilnahme an einem Wehrlager beinhaltete, wurde zum Beispiel die Forderung nach Einführung eines Faches »Friedenserziehung« erhoben. Davon versprach man sich eine kritische Behandlung von Fragen der Sicherheits- und Rüstungspolitik, des Themas »Wehrdienst oder Wehrrersatzdienst?« bzw. den unterschiedlichen »Formen der Konfliktbewältigung«. Argumentativ versuchten Einzelpersonen und Gruppen, den seitens des Staates proklamierten außenpolitischen Friedenswillen in Widerspruch zu der inneren Militarisierung durch die Wehrerziehung, deren Teil der Wehrunterricht war, zu bringen.

Demgegenüber wurde von staatlicher Seite und in den der Parteilinie verpflichteten wissenschaftlichen Arbeiten betont, daß die Wehrerziehung in der DDR selbstverständlich der Sicherung des äußeren Friedens diene, Friedenserziehung in sozialistischen Staaten unnötig und in kapitalistischen Systemen zum Scheitern verurteilt sei.

Friedenserziehung galt im Rahmen der kirchlichen Friedensdiskussion prinzipiell als ein wichtiges Element des politischen Engagements, ja der Arbeit in den Kirchengemeinden überhaupt. Dabei ist bemerkenswert, daß Friedenserziehung inhaltlich sehr weit definiert worden ist und des-

halb auch über die kritische Auseinandersetzung mit dem Wehrunterricht hinausging, so wurden z.B. auch Umweltthemen in diesem Kontext aufgegriffen.

Über Friedenserziehung wurde nicht nur diskutiert, sie fand ihren Ausdruck auch in konkreten Aktionen, zum Beispiel den Spielzeugumtauschaktionen, den Initiativen für einen sozialen Friedensdienst oder den grenzüberschreitenden, persönlichen »Friedensverträgen«.

M. 94

Für friedliche Konfliktbewältigung

»Weil die nach außen gerichtete Friedenspolitik unseres Landes dann glaubhafter und wirksamer wird, wenn sie mit der gleichen Beharrlichkeit auch innerhalb der Gesellschaft gewährt wird, halten wir es für dringlich, im gesamten Erziehungskonzept vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung und darüber hinaus aus dem jetzigen System der Wehrerziehung in ein neues System der friedlichen Konfliktbewältigung überzugehen.«

Thesenpapier des Wittenberger Friedenskreises anlässlich des Kirchentages in Halle 1988, zit. nach: Friedrich Schorlemmer: Träume und Alpträume. Einmischungen 1982-1990. München 1993, S. 66.

M. 95

Rahmenkonzept Friedenserziehung

»Erziehung zum Frieden ist eine Erziehung, die befähigt, ermutigt und anleitet

- zur Austragung und Bewältigung von Streit mit Mitteln des Gesprächs, der Verständigung und des Kompromisses;
- zur kritischen Gewaltkontrolle und zum Gewaltverzicht (Druck, Zwang, körperliche Züchtigung) im zwischenmenschlichen Bereich;
- zur Bereitschaft, in einem Konflikt den ersten Schritt zur Lösung zu tun;
- zur Gewährung von Vertrauen und zu vertrauensbildenden Schritten im Zusammenleben;
- zum Respekt vor der Überzeugung Andersdenkender und zur Zusammenarbeit mit ihnen;
- zur Sensibilität für die Leiden anderer, die auch in spürbaren Zeichen und Opfern zum Ausdruck kommt (›Solidarität‹), sowie zur Bereitschaft eigenen Leidens für andere, z.B. durch

Verzicht;

- zur Selbständigkeit im Denken, Fühlen und Urteilen (›Mündigkeit‹);
- zum kritischen Hinterfragen vorgegebener, mit dem Anspruch der Allgemeingültigkeit auftretender Überzeugungen, Werturteile und Ansichten;
- zum sachlichen und argumentativen Aussprechen der eigenen Meinung;
- zur Mitverantwortung für öffentliche, kommunale, betriebliche, schulische Angelegenheiten (›gesellschaftliche Strukturen‹);
- zum Wahrnehmen, Nachdenken und Sprechen über globale Veränderungen und Probleme, auch wenn man als einzelner unmittelbar ›nichts dafür tun kann‹;
- zur Mitverantwortung für eine gesunde Umwelt;
- zu einem geschärften Bewußtsein für die Dringlichkeit echter Abrüstungsschritte und zu einem sachkundigen Interesse an den aktuellen politischen Abrüstungsbemühungen;
- zum Kampf für gerechte wirtschaftliche Beziehungen im Verhältnis von reichen zu armen Ländern;
- zur kritischen Auseinandersetzung mit ausschließlich militärischen Sicherheitsvorstellungen und -konzepten, die persönliche Entscheidung in der Frage des Waffendienstes eingeschlossen;
- zur Überwindung von irrationalen Angst- und Drohvorstellungen, Feindbildern und Haßgefühlen;
- zur Bereitschaft, die eigene Ruhe um des Friedens willen stören zu lassen – bis hin zum Annehmen persönlicher Nachteile.«

»Rahmenkonzept Friedenserziehung« der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom September 1980. Zit. nach: Wolfgang Büschner u.a. (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978 – 1982. Hattingen 1982, S. 117f.

M. 96

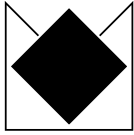
Friedenserziehung in beiden deutschen Staaten

Kennzeichen der Friedenserziehung in der ehemaligen DDR

- mit einem hohen Grad an persönlichem Risiko verbunden;
- wurde i.d.R. von kleinen Basisgruppen initiiert und durchgeführt;
- die Kirche konnte Freiräume für Friedenserziehung schaffen, ohne jedoch wirklichen Schutz vor staatlicher Repression bieten zu können;
- ankämpfen gegen massive staatliche Einflüsse vormilitärischer Erziehung;
- mit dem Geruch des Verrates am »Arbeiter- und Bauernstaat« verbunden und mit staatlichen Sanktionen belegt;
- seit Mitte der 80er Jahre eingebettet in die breite Oppositionsbewegung. Leistete einen Beitrag zu deren Entwicklung.

Kennzeichen der Friedenserziehung in der BRD

- kaum mit persönlichem Risiko verbunden;
- Einzelpersonen, Gruppen, gesellschaftliche Einrichtungen;
- Die Kirche spielt keine herausragende Rolle;
- in Konkurrenz zur Einflußnahme der Bundeswehr und (in der Schule) von Wehrkunde-Erlassen;
- gesellschaftlich toleriert, ohne sie wirklich zu fördern. Bei radikaler Infragestellung des Militärs als Außenseiter (Idealisten) abgestempelt;
- während der »Hochzeit« der Friedensbewegung (1982-1984) als wichtiger Teil derselben angesehen. Ansonsten wenig an soziale Bewegungen angebunden.



»Aufgaben für die Friedenserziehung heute«

Viele der im »Rahmenkonzept Friedenserziehung« genannten Aufgaben und Ziele haben auch heute kaum an Bedeutung verloren und können eine erste Orientierung für alle bieten, die einen Beitrag zur Friedenserziehung leisten wollen.

Versuchen Sie angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen Aufgaben und Ziele für die Friedenserziehung der neunziger Jahre zu formulieren. Verwendung Sie hierzu M.95!

Herausforderung	Aufgaben/Ziele der Friedenserziehung
Rechtsextremismus	
Feindbilder / Vorurteile	
Gewaltbereitschaft	
Umweltzerstörung	
Soziale Ungleichheit	
Armutsgefälle zwischen Ost und West	
Armutsgefälle zwischen Nord und Süd	
Ethno-soziale Konflikte	
Militärische Formen der Konfliktbearbeitung	
Kriege	

Stellungnahmen, Protestschreiben, Eingaben

Der Protest gegen Aufrüstung, Rüstungspotentiale und vormilitärische Erziehung wurde in den achtziger Jahren immer wieder in öffentlichen Stellungnahmen einzelner Personen und Gruppen artikuliert. Diese Dokumente zeigen den Diskussionsstand innerhalb der Friedensbewegung und machen deutlich, wie weit die UnterzeichnerInnen mit ihrem Protest gehen wollten und konnten.

M. 97

Kirchen-Protest gegen Wehrunterricht

„An die Gemeinden in den Gliederkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Unserer Welt zum Frieden zu helfen, haben Christen und Kirchen in zunehmendem Maße als ihre Aufgabe erkannt. Die Versöhnung, die Gott gegen alle Feindschaft der Menschen gesetzt hat, ist der Grund unseres Lebens. Davon Zeugnis zu geben, sind wir allen Menschen schuldig. Um dieses Auftrages willen arbeiten wir als Gemeinde Jesu Christi mit, wo Spannungen abgebaut werden,

Vertrauen gefördert und Sicherheit zwischen den Völkern verstärkt werden kann.

In unseren Kirchen haben sich wegen der Einführung des Wehrunterrichts in den Schulen viele besorgte Stimmen zu Wort gemeldet. Der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat seinerseits diese Besorgnis aufgenommen und die Regierung gebeten, das Fach Wehrerziehung nicht einzuführen. Er hat eine ausführliche mündliche Information über die Einführung dieses Lehrfaches in den 9. und 10. Klassen erhalten. Die Konferenz bedauert, daß die kirchlichen Bedenken nicht berücksichtigt wurden, und hat die Regierung noch einmal um eine Überprüfung gebeten. Die Konferenz befürchtet, daß durch die Einführung von obligatorischem Wehrunterricht die Erziehung zum Frieden gerade im Bewußtsein von Jugendlichen ernststen Schaden leidet und die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der

M. 98

»Friedens-Parolen«

Keine Gewalt!

**Ehrendienst in der NVA
ist Friedensdienst!**

**Hauptstadt der DDR
Stadt des Friedens**

**Kein Kriegsspielzeug
in Kinderhände**

**Gegen NATO-Waffen
Frieden schaffen!**

PEACE

**Frieden schaffen
Ohne Waffen!**

DDR in Frage gestellt wird.

Angesichts dieser Situation kommt der Erziehung zum Frieden in unseren Gemeinden und Familien eine besondere Bedeutung zu. Wir haben uns zu bemühen,

- daß wir der Gesinnung des Friedens und der Versöhnung Raum schaffen,
- daß von uns Vertrauen und Offenheit spürbar praktiziert werden,
- daß bei der Lösung von Konflikten nicht die Macht das letzte Wort behält.

Die Eltern und Mitarbeiter in unseren Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für die Erziehung zum Frieden. Wie das geschieht, müssen wir gemeinsam lernen und dabei einander helfen. Eine erste Orientierungshilfe wird den Gemeinden gleichzeitig zugestellt.

Die Gewissen vieler sind belastet durch die Entscheidungen, die sie zu treffen haben. Den Angefochtenen möchten wir sagen, daß wir sie mit unserer Fürbitte und der uns möglichen Hilfe begleiten werden.“


Dieser Brief der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR wurde am 14.6. 1978 in den evangelischen Kirchen in der DDR verlesen. Zit. nach: Süddeutsche Zeitung, 27.6.1978.

M. 99

Der »Berliner Appell«

»1. Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuftten Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generäle und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz wir vertrauten, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übrig geblieben ist.

2. Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als er-



Bei den Materialien M.97, M.99 und M.100 handelt es sich um unterschiedliche Stellungnahmen.

- Versuchen Sie die Stellungnahmen aufgrund der dort vertretenen Forderungen zu charakterisieren. Finden Sie Begriffe dafür (»radikal«, »vorsichtig« u.ä.)
- Welche Passagen fallen Ihnen auf, die angesichts der erwartbaren Repressionen durch die staatlichen Organe besonders vorsichtig und zurückhaltend formuliert worden sind?
- M.98 zeigt Parolen der unabhängigen Friedensbewegung und Parolen, die auf einer Demonstration der SED im Oktober 1982 zu sehen waren. Lassen sich die Slogans zuordnen? Begründen Sie Ihre Meinung!

stes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muß zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

3. Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des 2. Weltkriegs müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollten die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und Garantien über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.

4. Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen, und jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der Öffentlichkeit zu billigen und zu fördern. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über

die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden:

- a) Sollten wir nicht auf die Produktion, den Verkauf und die Einfuhr von sogenanntem Kriegsspielzeug verzichten?
- b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichts an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?
- c) Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen sozialen Friedensdienst zulassen?
- d) Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern statt dessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun?
- e) Sollten wir nicht auf die Übungen zur sogenannten Zivilverteidigung verzichten? Da es im Atomkrieg keine Möglichkeit einer sinnvollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist es nicht womöglich eine Art psychologischer Kriegsvorbereitung?

5. Frieden schaffen ohne Waffen - das bedeutet nicht nur: Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Pro-

duktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

Selig sind die Sanftmütigen, Denn sie werden das Erdreich besitzen.

(Jesus von Nazareth in der Bergpredigt)

Das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich viele Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben. Auch der ›Berliner Appell‹ ist ein Ausdruck dieses Suchens. Denkt über ihn nach, macht unseren Politikern Vorschläge und diskutiert überall die Frage: Was führt zum Frieden, was führt zum Krieg?

Bekräftigt Eure Zustimmung zum ›Berliner Appell‹ durch Eure Unterschrift.«

Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 9. Februar 1982.

Der Berliner Appell wurde von Rainer Eppelmann initiiert, u.a. von Robert Havemann unterzeichnet und am 25. Januar 1982 in Ost-Berlin veröffentlicht.

M. 100

Aufforderung zum Dialog trotz Repression

»An die Stelle des sozialen Bildungsprivilegs wurde in der DDR ein politisches Bildungsprivileg gesetzt, das heißt, daß die berufliche Perspektive beziehungsweise der weitere Bildungsweg sehr stark vom politischen Wohlverhalten abhängig sind.

Bereits in der Schule wird dies in

Beurteilungen unter dem Synonym ›gesellschaftliche Arbeit‹ bewertet. Dadurch wird ein über den schulischen Leistungsdruck hinausgehender Anpassungsdruck erzeugt. Als ›gesellschaftliche Arbeit‹ zählt dabei Mitgliedschaft und Übernahme von Funktionen in bestimmten Massenorganisationen. Damit erhalten diese, besonders die FDJ, die Rolle einer bildungspolitischen Machtinstanz. Mitgliedschaft wird zum ›freiwilligen Zwang‹, wodurch jedes Leben einer wirklichen Jugendorganisation unmöglich gemacht wird. Dieser Anpassungsdruck setzt sich auf dem weiteren Bildungsweg verstärkt fort.

Die Militarisierung des Bildungswesens beginnt schon im frühen Kindesalter (Kindergarten). Sie setzt sich im Wehrkunde-Unterricht an den Schulen, durch die größere Bedeutung der GST (Gesellschaft für Sport und Technik - die Red.) und der vormilitärischen Ausbildung fort.

Demgegenüber fehlt das Einüben demokratischer Verhaltensweisen fast völlig. Die Defizite in diesem Bereich sind erschreckend. Viele haben Schwierigkeiten, ihre Bedürfnisse und Forderungen zu formulieren bzw. teilweise überhaupt zu erkennen. Die Rechte des einzelnen und deren Einklagbarkeit spielen im Erziehungsprozeß kaum eine Rolle.

Von Parteitag zu Parteitag wächst mit dem Engagement der Druck von staatlicher Seite gegen die Engagierten. Ihnen wird immer wieder unterstellt, daß sie auf ungelöste Probleme hinweisen, um die DDR zu schwächen und zu diskreditieren. Dies führt dazu, daß das offene Gespräch von den Vertretern staatlicher Institutionen vermieden wird, gegen die Engagierten aber Repressalien ausgeübt werden. Leider treffen diese oft ›unbescholtene‹ Bürger und Familienangehörige, die durch diese ›Erziehungsmaßnahmen‹ verängstigt werden und jeden Mut zu eigenem Denken und

Handeln verlieren.

Uns ist bekannt,

- daß seit dem 1. 1. 85 60 Personen aus unserem Freundes-, Bekannten- und Familienkreis im Alter von 14 bis 80 Jahren die Ausreise zu Besuchs- und Urlaubszwecken in sozialistische Länder verweigert wurde,
- daß 105 Bürgern ... aus dem westlichen Ausland die Einreise in die DDR verweigert wurde, um zwischenmenschliche Kontakte zu verhindern,
- daß seit dem 15. 11. 85 25 DDR-Bürger ohne gerichtlichen Beschluß in ihrer Freizügigkeit innerhalb des Landes behindert wurden,
- daß durch polizeiliche Maßnahmen kirchliche Veranstaltungen behindert oder gestört wurden,
- daß zwölf Frauen 1985 die Teilnahme an der staatlichen Gedenkfeier in Ravensbrück verboten wurde,
- daß sehr viele Menschen in ihren persönlichen Rechten ... stark eingeschränkt und diskriminiert sind,
- daß aufgrund ihres gesellschaftlichen Engagements gegen viele Menschen Ermittlungsverfahren eröffnet wurden und zum Teil Verhaftungen erfolgten,
- daß persönliches Engagement berufliche und gesellschaftliche Konsequenzen mit sich bringt ...

Wenn die SED dem Anspruch „Alles zum Wohle des Volkes“ gerecht werden will, dürfen diejenigen, die die Probleme benennen, nicht kriminalisiert werden. Wir erwarten deshalb, daß in unserem Land ein konstruktiver Dialog beginnt.«

Auszüge aus der Eingabe von 21 DDR-BürgerInnen an Generalsekretär Erich Honecker. Zit. nach: Der Spiegel, Heft 20/1986.

Bekenntnisse: Anstecker und Friedensverträge

Einige der in der DDR-Friedensarbeit praktizierten Aktionen zielten darauf ab, die Menschen zu einem öffentlich sichtbaren Bekenntnis zu motivieren. Dabei wurde das Eingreifen der Staatsorgane und die daraus resultierenden Repressionen bewußt in Kauf genommen.

Besonders bekannt wurde die Aktion »Schwerter zu Pflugscharen«. Eine beträchtliche Anzahl von Menschen, vor allem Schülerinnen, die das Symbol der Aktion als Anstecker trugen, wurden verhaftet, andere sahen sich mit bohrenden Fragen ihrer Vorgesetzten konfrontiert.

Die Idee, eine Initiative »Abrüstung von unten« zu gründen, wurde während eines Friedensseminars in der Nähe von Rostock im Mai 1983 diskutiert. BürgerInnen der Staaten der Warschauer Vertragsorganisation sollten mit BürgerInnen der NATO-Staaten einen persönlichen Friedensvertrag abschließen. Den InitiatorInnen ging es um »die persönliche Verbindlichkeit, die Ablehnung der Militarisierung der Beziehungen zwischen den Gesellschaften in Ost und West und die Bereitschaft, ein persönliches Risiko einzugehen, das jeder vorher genau zu überdenken hatte«. Das Wichtige an der Idee war, so Markus Meckel, »die Möglichkeit, auch als Einzelperson ganz praktisch etwas zu tun«.

M. 101

Der Anstecker

»In der Zeit mit 16, 17 kam ich auch zur Jungen Gemeinde, vor allem mit der Friedensdekade kam ich in Berührung. So habe ich das Gedankengut, das für mich erstmal neu war, kennengelernt und kam dann zu dem Entschluß, also irgendwo wie uns – wie wir augenblicklich geprägt werden mit dem Feindbild, das geht so nicht, haut so nicht hin, und bin dann mit dem Anstecker »Frieden schaffen ohne Waffen« – das war eigentlich – täglich hatte ich den dran, das war mir ein wichtiger Gedanke, und habe den auch im Betrieb getragen. Im Betrieb, wo also auch diese Anforderungen waren, das geht irgendwo nicht.

Meine Kolleginnen wußten das ganz normal, daß ich in einer kirchlichen Gruppe war. Ich bin mit dem Anstecker wochenlang in den Betrieb gegangen, habe meine Öljacke da in die Garderobe gehängt und bin auch so wieder raus, habe also nichts versteckt, was für andere sicher normaler gewesen wäre, das zu verstecken. Ich wurde dann eines Tages zum Gespräch eingeladen, mit einem Menschen, mit dem ich vorher nichts zu tun hatte, der also offensichtlich im Bereich Sicherheit eine entscheidende Funktion spielte. Ich weiß nicht mehr genau, wie sich seine Funktion heute oder damals nannte. Und der sprach mich daraufhin an, auch nicht etwa: »ich habe den Anstecker gesehen« oder »ihre Kollegen haben den Anstecker gesehen«, sondern »Ich habe diese Information, daß Sie diesen Anstecker tragen«, alles schön anonym gehalten. Ich kam dann zu dem Schluß, das muß jemand aus dem Haus meiner Eltern gewesen sein, der das gesagt hat, bin mir

M. 102

Schwerter zu Pflugscharen

bis heute auch noch nicht schlüssig, wer das war, ich finde das alles auch gar nicht so entscheidend. Und es ging darum, ich möchte diesen Anstecker doch bitte im Betrieb ablegen. Auf der Straße könnte ich dieses Ding tragen, aber im Betrieb nicht. Es ging dann so weit, daß man natürlich mit einer Siebzehnjährigen so was nicht klären kann, daß dann die Mutter vorgeladen wurde, meine Mutter ist Genossin, hatte da also auch, was weiß ich, innere Ängste und Zweifel, sag ich mal, wie weit die Tochter denn gehen darf und ihre Berufsausbildung aufs Spiel stellen darf. Es war ein ziemlich lächerliches Gespräch, was da lief, also, wo sie mir das Feindbild nochmal plausibel machen wollten, nach dem Motto ›das mußt du doch verstehen, und unter den Umständen muß man nun mal den Feind bekämpfen, auch mit Waffen, wir halten Waffen ja auch nicht für gut, aber das muß so sein‹. Ich habe gesagt, nee, es geht generell um Waffen und das Richten der Waffe auf einen Menschen und das geht nicht, das ist für mich ein Punkt, wo es zu weit geht, beim Töten.

Das waren dann so lächerliche Beispiele, wo ich mich dran erinnere, das war von meinem Bruder so ein schönes Beispiel, in dieses In-die-Irre-geführt-werden, was ich dann auch erzählt habe, naja im Pol-Pot-Regime, da werden auch Menschen getötet, wo sie mir erst vom Kapitalismus so Beispiele gezeigt hatten, was da alles Schlimmes läuft, und ich sage das ist da genauso, unter den Bannern der roten Fahne gibt es genauso viele Entwicklungen. Naja, es war - wir waren alle mal sprachlos, ich habe da auch geweint, und ich bin dann da raus gegangen - habe meinen Anstecker weiter getragen, hat mich auch keiner mehr daraufhin angesprochen. Also bis auf Kollegen, die dann erst daraufhin aufmerksam wurden, wieso mußt du denn mit denen sprechen und wie

bist du denn an die Stelle gekommen. Ich konnte die Berufsausbildung auch normal zu Ende machen, ich habe zu meinem Erstaunen sogar eine Delegation bekommen für diese Arbeiter- und Bauernfakultät, das war eigentlich schon ein Stück ungewöhnlich. Im Normalfall war, daß an der Stelle, denk ich, ein Knick kommt nach dem Motto: Halt, wenn das so weitergeht, kann die Ausbildung nicht so weiterlaufen.«

Sibylle S., geb. 1963, Facharbeiterin für Datenverarbeitung.

M. 103

Der Abschluß persönlicher Friedensverträge

»Die Menschheit ist in Gefahr. Das Wettrüsten zwischen beiden Machtblöcken zerstört schon jetzt die Lebensbedingungen der Völker und macht die globale Katastrophe immer wahrscheinlicher. Abrüstung ist heute mehr denn je geboten.

Die Logik der Abschreckung führt zur tödlichen Verschwendung der Ressourcen und tendiert immer zum Einsatz der aufgehäuften Waffen. Mit Atomwaffen aber kann nichts verteidigt werden, da sie zerstören, was sie schützen sollen. Sicherheit ist heute nur noch mit dem Gegner gemeinsam zu erreichen. Deshalb müssen auf allen Ebenen Schritte gegangen werden, die Vertrauen zum Ausdruck bringen und schaffen.

Die Abrüstungsverhandlungen auf internationaler Ebene stagnieren oder kommen nur sehr langsam voran. Da es für uns alle um Leben oder Tod geht, dürfen wir diese Fragen nicht allein den Politikern überlassen. Wir suchen nach Wegen, die jeder Betroffene schon heute gehen kann, um Zukunft zu ermöglichen. Wir glauben, daß jedes Engagement, etwa gegen Ungerechtigkeit, für die Menschen auf der südlichen Erdhalbkugel oder für unsere be-

drohte natürliche Umwelt auch ein Stück auf dem Weg für den Frieden ist.

Ausgehend von der Situation in Europa schlagen wir als einen Weg vor: ›Abrüstung von unten‹, Abschluß eines persönlichen Friedensvertrags.

1. Je ein Bürger aus den Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO schließen miteinander einen persönlichen Friedensvertrag ab. Sie bringen in diesem zum Ausdruck, daß sie mit dem jeweils anderen und dem Staat, in dem er lebt, in Frieden leben wollen. Die Vertragschließenden verpflichten sich, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zwischen den Militärblöcken und Gesellschaftssystemen einen Frieden zu schaffen, der auf Gerechtigkeit und Freiheit beruht.

2. Die Vertragschließenden erklären, daß sie bei der Anwendung militärischer Gewalt gegenüber dem Staat, in dem der Partner lebt, sich nicht beteiligen werden. Wenn sie der Wehrpflicht unterstehen, sehen sie in der Verweigerung jeden Waffendienstes den konsequentesten Schritt. Sie lehnen die Beteiligung an Wehrerziehung, an paramilitärischen Einheiten und an einer den atomaren Krieg verharmlosenden Zivilverteidigung ab. Sofern sie aus Furcht vor persönlichen Folgen sich doch daran beteiligen sollten, und so selbst hinter dem zurückbleiben, was sie für richtig halten, so bekennen sie dies als Verstrickung in Schuldzusammenhänge, die zu überwinden sind. Sie verpflichten sich dann, im militärischen Bereich, bei den Kameraden und Vorgesetzten, die Konsequenzen des Abschreckungsprinzips zu verdeutlichen, sich für den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit und den Abbau von Angst und Feindbildern einzusetzen.

3. Die Partner suchen sich durch persönlichen Kontakt möglichst gut kennen und verstehen zu lernen. Ein differenzierteres Kennenlernen der ›anderen Seite‹ ist

Voraussetzung für den Abbau von Angst und Feindbildern und für ein gezieltes Eintreten für den Frieden. ›Abrüstung von unten‹ nimmt zeichenhaft vorweg, was bei internationalen Abrüstungsverhandlungen politisch notwendig ist. Sie geht davon aus, daß die Sicherheit der Staaten nicht in der militärischen Stärke liegt, sondern in dem Vertrauen zwischen den Völkern, das auf gegenseitiger Achtung beruht.

4. Wer einen solchen persönlichen Friedensvertrag abschließen möchte, sollte die persönlichen Konsequenzen für sich genau überdenken. (...)«

Mitglieder aus Friedenskreisen in der Mecklenburgischen Landeskirche und der Kirchenprovinz Sachsen, August 1983.

Zit. nach: Markus Meckel / Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Köln 1994, S. 88 ff.

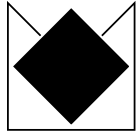
M. 104

Kritik an den »Friedensverträgen«

»Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und Funktionäre des Staates haben die Initiative scharf kritisiert. Sie lehnten den persönlichen und damit eigenverantwortlichen Aspekt der Aktion mit dem Hinweis ab, daß allein die Unterstützung staatlicher Politik wahre Friedensarbeit sei.

Kritik am individualistischen Charakter der Persönlichen Friedensverträge haben auch Mitglieder der unabhängigen Friedensbewegung geübt, allerdings mit entgegengesetzter Intention. Sie meinten, daß der Austausch solcher Verträge oder Versprechen im rein Privaten untergeht, ohne gesellschaftliche Wirkung zu erzielen.«

Andreas Schaller: Die Persönlichen Friedensverträge. Hier zit. nach: Markus Meckel / Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Köln 1994, S. 86.



»Persönliche Friedensverträge«

In den den Materialien M.93 bis M.96 werden Symbole und Aktionen vorgestellt, mit welchen die persönliche Bereitschaft zum Engagement für den Frieden ausgedrückt werden soll.

Versuchen Sie, diese Symbole und Aktionen zu »aktualisieren« bzw. in die heutige gesellschaftliche und internationale Situation zu übertragen:

- Welches Symbol für Abrüstung und Friedenswillen würden Sie bevorzugen, um Ihre Meinung kundzutun und andere Menschen überzeugen zu können? Versuchen Sie, Ihre Idee zu visualisieren!
- Heute versuchen Friedensgruppen, von Deutschland aus grenzüberschreitende Friedensarbeit zu leisten, z.B. durch die Unterstützung von Friedens- und Oppositionsgruppen im ehemaligen Jugoslawien oder in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Welche Form von persönlichen Friedensverträgen wären heute sinnvoll? Wie müßte so ein Vertrag formuliert werden? Welche Inhalte müßten jeweils im Vordergrund stehen?

Bitte ausfüllen:

Friedensvertrag zwischen den Menschen in Deutschland und in Russland

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Friedensvertrag zwischen den Menschen in Deutschland und

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Wehrdienstverweigerung und Bausoldaten

In der DDR war die Kriegsdienstverweigerung bis 1990 gesetzlich nicht geregelt und wurde strafrechtlich geahndet. Seit 1964 wurde – vor allem auf den Druck der Kirchen hin – die Möglichkeit eingeräumt, einen waffenlosen Wehrdienst innerhalb der NVA abzuleisten. Dieser Dienst bei den »Bausoldaten« dauerte wie der Wehrdienst 18 Monate, der Adressatenkreis wurde in der einschlägigen Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 7.9.1964 geregelt: »Zum Dienst in den Baueinheiten werden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen«. Die Bausoldaten mußten die Uniform der Landstreitkräfte der NVA tragen und sie wurden durch ein Gelöbnis auf Staat und Partei verpflichtet. Bausoldaten hatten mit Ausnahme der Schießausbildung alle anderen Ausbildungsaufgaben der NVA zu absolvieren. Ihr Dienst wurde von staatlicher Seite als Strafdienst interpretiert; kirchliche Stellen kritisierten v.a. die Nähe zur militärischen Ausbildung und die Verpflichtung durch ein Gelöbnis.

Junge Männer, die auch den waffenlosen Wehrdienst der Bausoldaten verweigerten, mußten als »Totalverweigerer« mit Gefängnisstrafen zwischen 20 und 22 Monaten rechnen. Nach Verbüßung dieser Freiheitsstrafe konnten der Verweigerer erneut einberufen werden, wobei ein solcher Fall seit 1985 nicht mehr bekannt geworden ist. In kirchlichen Kreisen wurden vor allem vor den jährlichen Einberufungsterminen Seminare zur Entscheidungsfindung angeboten. Seit 1986 stieg

die Zahl der Totalverweigerer beträchtlich an und die staatlichen Behörden verzichteten auf eine strafrechtliche Verfolgung. Öffentliche Forderungen nach einem zivilen Ersatzdienst wurden allerdings rigoros zurückgewiesen, deren VertreterInnen mußten mit (strafrechtlichen) Sanktionen rechnen. So wurden Schülerinnen, die mit der Initiative »Sozialer Friedensdienst« öffentlich Sympathie zeigten, der Schule verwiesen.

In den meisten Friedensgruppen der DDR arbeiteten Totalverweigerer und (ehemalige) Bausoldaten mit; eine Reihe von diesen Gruppen wurden von Verweigerern gegründet. Schätzungen zufolge verweigerten zwischen 1964 und 1989 rund 85.000 Wehrpflichtige den Waffendienst in der NVA bzw. den Wehrdienst überhaupt (Uwe Koch / Stephan Eschler: Zähne hoch. Kopf zusammenbeißen. Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR 1962-1990. Kückenshagen 1994).

Am 1. März 1990 trat in der DDR ein liberales KDV-Recht in Kraft: Freie Wahlentscheidung ohne Prüfungsverfahren; gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst; keine Kriminalisierung von Totalverweigerern; Beibehaltung aller Grundrechte. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde diese Regelung aufgehoben.

M. 105

Gelöbnis der Bausoldaten

»Ich gelobe:

Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und meine Kraft für die Erhöhung ihrer Verteidigungsbereitschaft einzusetzen.

Ich gelobe:

Als Angehöriger der Baueinheiten durch gute Arbeitsleistungen aktiv dazu beizutragen, daß die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann.

Ich gelobe:

Ehrlich, tapfer, diszipliniert und wachsam zu sein, den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, ihre Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen und die militärischen und staatlichen Geheimnisse immer streng zu wahren.

Ich gelobe:

Gewissenhaft die zur Erfüllung meiner Aufgaben erforderlichen Kenntnisse zu erwerben, die gesetzlichen und militärischen Bestimmungen zu erfüllen und überall die Ehre unserer Republik und meiner Einheit zu wahren.«

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 16.9.1964.

M. 106

Erfahrungen mit der »Asche«

»Ich habe das, was man »Asche« nennt, hinter mir. Dennoch ist sie nicht vorbei. Diese Zeit der Armee war für mich keine Asche. Zuviel ist geblieben, als daß ich sagen könnte: »Wie Asche – in alle Winde verweht.« Wenn ich zurückschaue, fällt mir auf, daß ich oft versuche, den Bausoldatendienst wie eine freiwillige Entscheidung zu begründen. Dabei hatte ich ja

nur ein Detail dieses Dienstes durch meine Entscheidung verändert: den Waffengebrauch. Und gerade mit diesem Detail wurde ich nie wieder konfrontiert. Das Militärische blieb unverändert bestehen. Das zeigt auch die Schwierigkeit, in der ich oft stand. Ich denke, daß man sich mit gar keiner Entscheidung der Ungerechtigkeit der militärischen Vereinnahmung entziehen kann – deshalb war der Weg des Bausoldaten mit all den Ecken und Kanten ein gangbarer Weg.«

N.N., ehemaliger Bausoldat. Zit nach: Mitarbeiterhilfe des AK Wehrdienstfragen beim Stadtjugendamt Jena: Du sollst nicht töten. Aber wie dann leben? Erfahrungen und Überlegungen junger Christen zur Situation des Bausoldaten. Jena, o.J.

M. 107

Suche nach einer Alternative

»Ein wesentlich wichtigerer Punkt ist die Suche nach Wegen und Möglichkeiten einer echten Alternative zum Wehrdienst. Diese Suche ist dringend. In der heutigen Situation ist das Gewehr in der Hand des Einzelnen unwichtig geworden. Junge Leute, die Wehrdienst leisten, machen sich mitschuldig am drohenden nuklearen Weltuntergang! Zu diesem Dienst brauchen wir dringend eine Alternative. Auch zum Bausoldatendienst wird eine Alternative gebraucht.

Wir erwähnten bereits unsere Hoffnungen an das Konzil des Friedens. Ein Wort an alle Christen der Welt von einem solchen Konzil kann in der heutigen Zeit nur so aussehen und damit noch über die Aussagen der Vollversammlung des ÖRK und der Allchristlichen Friedenskonferenz hinausgehen, daß nicht nur die Herstellung, Stationierung und Anwendung von Atomwaffen gegen Gottes Gebot ist, sondern daß jegliche Mitarbeit an einer Kriegsermöglichung nicht im Sin-

ne des Evangeliums ist.

Damit wäre in der Situation der DDR für Wehrpflichtige die persönliche Wehrdienstverweigerung das deutlichste Zeichen gegen den Krieg. Aus verschiedenen Gründen ist aber dieser Weg für fast keinen gangbar, denn Wehrdienstverweigerer werden in der Gesellschaft kriminalisiert.

Waffendienst- und Wehrdienstverweigerer wollen aber nicht immer aussteigen und sich abgrenzen, sondern mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten etwas für die Gesellschaft tun und Verantwortung übernehmen.

Deshalb müssen wir die anderen Friedensbemühungen und Friedenszeichen von staatlicher Seite (Moratoriumsvorschläge, Chemiewaffenfreie Zone) und von kirchlicher Seite (Friedensgebete, persönliche Friedensverträge) als wichtige und notwendige Engagements auf dem langen Weg zum Frieden sehen.

Wir bitten unsere Kirchenleitungen um ein Wort an die Gemeinden, in dem Eindeutiges über den Wehrdienst in der heutigen Zeit gesagt wird, ohne dabei Andersdenkende zu diskriminieren.

Wir wünschen uns von den Kirchenleitungen, daß sie ihren Bemühungen neue Impulse geben, um die Verhandlungen mit dem Staat über die Schaffung eines zivilen Wehersatzdienstes voranzutreiben.

Dieser Brief kann nur unsere Meinung zum Ausdruck bringen. Bei allen Wünschen, Bitten und Forderungen sehen wir aber auch die begrenzten Möglichkeiten, die die Kirche in der derzeitigen Situation hat.«

Auszüge aus einem Schreiben von acht ehemaligen Bausoldaten an die Geschäftsstellen der Landessynoden Thüringen und Sachsen, 23.8.1985. Zit. nach: Mitarbeiterhilfe des AK Wehrdienstfragen beim Stadtjugendamt Jena: Du sollst nicht töten. Aber wie dann leben? Erfahrungen und Überlegungen junger Christen zur Situation des Bausoldaten. Jena, o.J.

M. 108

Frauenprotest gegen Wehrdienstgesetz

Geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

»In diesem Brief möchten wir Ihnen einige Gedanken vorlegen, die uns seit der Verabschiedung des neuen Wehrdienstgesetzes vom 25. 3. 1982 in bezug auf die Wehrpflicht von Frauen bewegen. Wir sind Frauen mit und ohne Kinder, katholisch, evangelisch oder nicht kirchlich gebunden, einige von uns haben einen Krieg erlebt, anderen ist diese böse Erfahrung erspart geblieben, aber eines verbindet uns, daß wir nicht gleichgültig sind und nicht unsere schweigende Zustimmung zu einem Gesetz geben wollen, das den Frauen ganz neue Pflichten auferlegt, die nicht mit unserem Selbstverständnis zu vereinbaren sind.

- Wir Frauen wollen den Kreis der Gewalt durchbrechen und allen Formen der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung unsere Zustimmung entziehen.
- Wir Frauen sehen den Armeedienst für Frauen nicht als Ausdruck ihrer Gleichberechtigung, sondern als einen Widersinn zu ihrem Frau-Sein. Wir sehen unsere Gleichberechtigung dem Mann gegenüber nicht darin, daß wir neben *den* Männern stehen, die Waffen in der Hand haben, sondern neben denen, die wie wir erkannt haben, daß die Abstraktionen ›Feind‹ und ›Gegner‹ eigentlich Menschenvernichtung bedeuten, die wir ablehnen.
- Wir Frauen verstehen die Bereitschaft zum Wehrdienst als eine Drohgebärde, die dem Streben nach moralischer und militärischer Abrüstung entgegensteht und die Stimme der menschlichen Vernunft im militärischen Gehorsam untergehen läßt.
- Wir Frauen fühlen uns dazu

berufen, das Leben zu schützen, die alten, kranken und schwachen Menschen zu unterstützen. Gegen den Krieg und für den Frieden tätig zu sein, kann nur im sozialen und erzieherischen Bereich geschehen, wenn wir nicht vor der künftigen Generation versagen wollen.

- Wir Frauen wehren uns dagegen, daß wir eines Tages in den Reihen der NVA stehen und ein Land verteidigen sollen, das unbewohnbar sein wird, selbst nach einem konventionellen Krieg, der in Europa wahrscheinlich in einer nuklearen Katastrophe enden würde.
- Wir Frauen glauben, daß die Menschheit heute an einem Abgrund steht und daß die Anhäufung von weiteren Waffen nur zu einer wahnsinnigen Katastrophe führt. Dieser schreckliche Untergang kann vielleicht verhindert werden, wenn alle Fragen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, öffentlich diskutiert werden. Laut Art. 65, Abs. 3 der Verfassung der DDR sind Entwürfe grundlegender Gesetze vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung zu unterbreiten, um die Ergebnisse der Volksdiskussion bei der endgültigen Fassung auszuwerten. Unserer Meinung nach handelt es sich um ein grundlegendes Gesetz auf Grund seiner Thematik und nicht zuletzt deshalb, weil die Hälfte der Bevölkerung der DDR *unmittelbar* betroffen ist.
- Wir Frauen erklären uns nicht dazu bereit, in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen zu werden und fordern eine gesetzlich verankerte Möglichkeit der Verweigerung. Das Recht der Verweigerung ist notwendig, weil sich durch Erlaß dieses Gesetzes, das den Frauen die Pflicht zu einem allgemeinen Wehrdienst auferlegt, eine Einschränkung unserer Ge-

wissensfreiheit ergibt.

Da zu diesem Gesetz keine öffentlichen Diskussionen möglich waren, haben einige von uns diese auf dem Weg der Eingabe erbeten, andere hoff(t?)en, sich an den daraus ergebenden Gesprächen beteiligen zu können. Leider sind diese Erwartungen enttäuscht worden, denn es fand sich niemand bereit, ein Gespräch über die uns so dringend beschäftigenden Fragen zu beginnen.«

Zit. nach: Der Spiegel, Heft 49 / 1982, S. 117.

Der Brief wurde nach Angaben des Nachrichtenmagazins Spiegel im Sommer 1982 von mehreren hundert Frauen unterschrieben, zwei UnterzeichnerInnen wurden damals vorübergehend festgenommen.

»Dienen oder verweigern«? Eine weiterhin notwendige Auseinandersetzung

»Dienen oder Verweigern?« – Vor diese Frage sind auch heute noch viele junger Männer gestellt. Seminarunterlagen aus kirchlichen Friedenskreisen der DDR verdeutlichen, wie intensiv die Auseinandersetzungen mit dieser Frage geführt wurden. Wer heute vor dieser Entscheidung steht, sieht sich mit anderen Rahmenbedingungen und Fragestellungen konfrontiert als die jungen Bürger der DDR. Und doch bleibt eine entscheidende »Gewissensfrage« gleich: Bin ich bereit, im Falle eines Einsatzes von der Waffe Gebrauch zu machen? Bin ich bereit, zu töten?

M. 109

Dienen oder Verweigern?

Mögliche Motivationen, länger als 18 Monate zu dienen

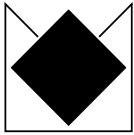
- Unterstützung der soz. Armee ist Dienst am Frieden
- Unser Staat muß verteidigt werden
- Ich will mehr tun als nur meine Pflicht
- Ich habe Verantwortung für andere. Ich will und muß sie beschützen.
- Ich würde mich notfalls für mein Vaterland opfern
- Ich vertraue unserer Führung und ihren Befehlen
- Das Risiko für einen Angreifer muß unkalkulierbar hoch sein
- Wir können uns militärische Schwäche nicht leisten
- Unter den jetzigen Bedingungen ist eine radikale Auslegung der Bergpredigt nicht tragbar. Wir müssen verantwortlich den Sachzwängen folgen
- Ich will als Christ meine Überzeugung unter Andersdenkenden leben,
- ich habe dort ein größeres Wirkungsfeld. „Nicht die Gesunden bedürfen des Arztes, sondern die Kranken..“
- Ich habe ein gefühlsmäßig positives Verhältnis zur Korrektheit und Exaktheit
- Ich bin ein geachteter Mann im Staat
- Mir stehen nach meiner Armeezeit alle Wege offen
- Studienwünsche werden mir nicht erschwert
- Mir und meiner Familie geht es besser

Mögliche Motivationen, 18 Monate Grundwehrdienst zu leisten

- Unterstützung der soz. Armee ist Dienst am Frieden
- Unser Staat muß verteidigt werden
- Ich will meine Pflicht tun
- Ich habe Verantwortung für andere, ich will und muß sie beschützen
- Ich bin mir über die Mechanismen beim Militär im Klaren, nehme sie hin, kann sie unter Umständen eine begrenzte Zeit akzeptieren
- Ich sehe die Notwendigkeit des Befehlsmechanismus mindestens teilweise ein
- Ich habe Vorbehalte gegen die Armeehierarchie, will in diesem System kein Befehlsgewalt sein, bin letztes Glied in der Reihe
- Das Risiko für einen Angreifer muß unkalkulierbar hoch sein
- Wir können uns militärische Schwäche nicht leisten (Angreiferrisiko, Verhandlungsposition)
- Unter den jetzigen Bedingungen ist eine radikale Auslegung der Bergpredigt nicht tragbar. Wir müssen verantwortlich den Sachzwängen folgen
- Ich will als Christ meine Überzeugung unter Andersdenkenden leben. Ich habe dort ein großes Wirkungsfeld. »Nicht die Gesunden bedürfen...«
- Die beschränkten Möglichkeiten zum persönlichen Weiterkommen genügen mir
- Der Weg des geringeren Widerstandes (im Vergleich zum BS)

Mögliche Motivationen, 18 Monate ohne Waffen als Bausoldat zu dienen

- Der Dienst in einer Armee dient nicht dem Frieden
- Ich will mich auf gesetzlicher Grundlage dem Waffendienst und dem Armeedienst so weit wie möglich entziehen



»Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?«

Welche Motive, die in den Materialien M.109 und M.110 genannt werden, haben Ihrer Meinung nach heute noch Gültigkeit? Welche würden Sie für Ihre persönliche Entscheidung übernehmen? Stellen Sie eine Liste ihrer Motive zusammen!

Ich will Grundwehrdienst leisten, weil	Ich will mich verpflichten, weil	Ich will zum Zivildienst, weil	Ich will totalverweigern, weil

- Angesichts der Situation in Europa ist die Waffe in der Hand des Einzelnen bedeutungslos geworden. Ein Schutz vor Atomraketen ist nicht möglich, es hilft nur deren Nichtanwendung und Abrüstung
- Ich bringe es nicht fertig, auf Menschen zu schießen
- Militärische Gepflogenheiten und Befehlsverhältnisse sind inhuman und persönlichkeitszerstörend
- Der absolute Befehlsgehorsam ist schädlich und verantwortungslos
- Ich habe Vorbehalte gegen die Armeehierarchie, will kein Befehlsgeber in diesem System sein, ich bin lieber letztes Glied in der Reihe
- Ich bin mir darüber im klaren, daß ich Machtmechanismen beim Militär eine begrenzte Zeit hinnehmen muß
- Die militärische Abschreckung treibt Rüstung voran und führt zum Krieg
- Für diesen Staat nehme ich keine Waffe in die Hand
- Das Risiko einseitiger Schritte muß getragen werden, Wettrüsten ist ein viel zu hohes Risiko
- Die 10 Gebote und die Bergpredigt sind verbindliche Anweisungen und weisen den Weg auch aus politischer Ausweglosigkeit
- Nur eine radikale Änderung wird uns retten
- Im System Armee sind meine Wirkungsmöglichkeiten als Christ sehr gering
- Die sehr beschränkten Möglichkeiten zum persönlichen Weiterkommen genügen mir

Mögliche Motivationen, jeden Wehrdienst zu verweigern

- Der Dienst in einer Armee dient nicht dem Frieden
- Radikale Verweigerung ohne Kompromisse ist die beste Handlungsweise
- Angesichts der Situation in Europa ist die Waffe in der Hand des Einzelnen bedeutungslos

- geworden. Ein Schutz vor Atomraketen ist nicht möglich. Es hilft nur deren Nichtanwendung und Abrüstung
- Ich bringe es nicht fertig, auf Menschen zu schießen
 - Militärische Gepflogenheiten und Befehlsverhältnisse sind inhuman und persönlichkeitszerstörend
 - Für diesen Staat nehme ich keine Waffe in die Hand
 - Der absolute Befehlsgehorsam ist schädlich und macht verantwortungslos
 - Ich sage radikal Nein zum Militär, ich will nichts damit zu tun haben
 - Die militärische Abschreckung treibt Rüstung voran und führt zum Krieg
 - Das Risiko einseitiger Schritte muß getragen werden. Weiter-rüsten ist ein viel höheres Risiko
 - Die 10 Gebote und die Bergpredigt sind verbindliche Anweisungen und weisen den Weg auch aus politischer Ausweglosigkeit, nur eine radikale Änderung wird uns retten
 - Im System Armee sind Wirkungsmöglichkeiten als Christ sehr gering
 - Für meine Überzeugung nehme ich extreme Nachteile in Kauf.«

AK Wehrdienstfragen beim Stadtjugendamt Jena: Seminar zur Entscheidungsfindung. Modellvorschlag für ein Wochenendseminar zur Entscheidungsfindung in der Wehrdienstfrage. Dresden 1989.

Dieses Seminarmodell wurde seit Mitte der achtziger Jahre als Vorlage für die Durchführung von Seminaren verwendet, allerdings erst 1989 veröffentlicht.

M. 110 Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung

Wehrdienstverweigerung

»Wehrpflichtige, die in der heutigen Situation Wehrdienst verwei-

gern und ihre Entscheidung vom Evangelium her begründen, geben ein Zeugnis der Gewaltfreiheit. Sie handeln im Vorgriff auf eine zukünftige Weltfriedensordnung und leisten damit einen prophetischen Dienst. Viele sind durchaus bereit, nichtmilitärischen Dienst für das Gemeinwohl zu leisten. Trotzdem sind sie durch ihre Entscheidung zur Zeit noch Benachteiligungen ausgesetzt und stehen außerhalb des geltenden Rechts. Sie müssen deshalb bereit und in der Lage sein, die strafrechtlichen Folgen auf sich zu nehmen.«

Wehrdienst ohne Waffe als Bausoldat

»Wehrpflichtige, die den Wehrdienst ohne Waffe leisten und ihre Entscheidung aus dem Evangelium begründen, geben damit ein Zeichen für den Verzicht auf militärische Gewaltanwendung. Der Dienst als Bausoldat stellt den schwierigen Versuch dar, dieses Zeugnis unter militärischen Bedingungen zu geben. Wer Wehrdienst ohne Waffe leistet, muß wissen, daß er durch ein Gelöbnis rechtsverbindlich militärischen Gehorsam verspricht. Vor seinem Gewissen bleibt er trotzdem für sein Handeln unter Befehl verantwortlich.«

Wehrdienst mit Waffe

»Wehrpflichtige, die Wehrdienst mit Waffe leisten und sich in ihrem Gewissen an das Evangelium gebunden fühlen, haben ausschließlich die Aufgabe, Krieg zu verhindern und Frieden zu sichern; denn Waffendienst ist heute nur noch vom Ziel der Kriegsverhütung her zu rechtfertigen. Waffendienstleistende sollen sich für Verringerung und Verhinderung von Gewalt und den Aufbau einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit einsetzen. Wer Wehrdienst mit Waffe leistet, muß wissen, daß er sich durch den Fahneneid zu militärischem Gehorsam verpflichtet. Dieser Eid behält seine

Verbindlichkeit auch über den Grundwehrdienst hinaus. Befehlen, die im Widerspruch zum Völkerrecht und seinen allgemeinen Prinzipien stehen, darf der Soldat nicht Folge leisten. Vor seinem Gewissen bleibt er auch unter Befehl für sein Handeln verantwortlich.«

Schlußdokument der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden, April 1989. Zit. nach: EKD-Texte Nr. 38, Berlin 1991, S. 69f.



Wie schätzen Sie die Bedeutung des Beschlusses der Ökumenischen Versammlung für die Friedensdiskussion in den Kirchen ein? Für welche der Entscheidungen meinen Sie die größte Sympathie der Versammlung zu erkennen? Vergleichen Sie die Aussagen dieser Versammlung mit den Aussagen der Evang. Kirchenleitung in Brandenburg bzw. der Leitung der Evang. Kirche in Deutschland!

Dokumentation

Aspekte der Friedenserziehung

1. Realitäten

Wir leben in einer friedlosen Welt. Wir leben in einer geteilten Welt. Feindschaften und Konfrontation gehören zur Realität. Die Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln bedroht das Überleben der Menschheit.

Nur wenige fühlen sich persönlich getroffen. Kriege und blutige Gewalt in der Welt erscheinen uns fern und lassen uns weithin passiv. Aber: Abwesenheit von Krieg in Europa ist noch kein Frieden. Trotz hoffnungsvoller Verhandlungsergebnisse herrschen Friedlosigkeit und Feindseligkeit und behindern so die notwendige Austragung von Konflikten und Überwindung von Feindschaften.

Auch wir sind in diesen Prozeß verstrickt, indem wir Vorurteile und Feindbilder übernehmen, verstärken und produzieren, z.B. gegenüber Nachbarvölkern, anderen Rassen, sozialen Gruppen, Andersdenkenden.

Hier muß Friedenserziehung ansetzen.

2. Einsichten

2.1. Vorurteile werden im Erziehungsprozeß als Einstellungen gelernt. Sie können zunächst notwendige Orientierungshilfen in der Vielfalt unserer Wirklichkeit sein und existieren bereits vor persönlichen Erfahrungen und beeinflussen diese. Feindbilder knüpfen an latente negative Vorurteile an. Sie sind individuelle und kollektive Irrtümer, besetzt mit starken negativen Gefühlen. Mit der Wirklichkeit stimmen Vorurteile und Feindbilder nicht oder nur teilweise überein. Durch die Realität oder durch logische Argumente lassen sie sich nur schwer korrigieren. Feindbilder dehu-

manisieren den Gegner und machen so auch seine Vernichtung ohne schlechtes Gewissen möglich.

2.2. Feindbilder entstehen und halten sich unter bestimmten Voraussetzungen

– bei Menschen, die mit sich selbst nicht in Frieden leben. Besonders dem Menschen, der wenig Annahme erfahren hat, und dem autoritätsabhängigen Menschen fällt es schwer, sich mit seinen Eigenschaften, Bedürfnissen und Wünschen zu erkennen und anzunehmen. Erziehungsziele in Familie, Kindergarten, Schule und Kirche, die diesen Prozeß nicht zulassen, erschweren Selbsterkenntnis und Selbstannahme. So erzogene Menschen sind gezwungen, all das, was sie bei sich nicht erkennen oder ablehnen (Angst, Aggression..), bei anderen zu verurteilen. Dabei sind ihnen die vermittelten Feindbilder und Vorurteile eine Hilfe und ersparen eine möglicherweise schmerz- und angstbeladene Analyse der eigenen Situation.

– bei Menschen, die nicht friedlich-partnerschaftlich handeln können. Menschen, die an sich selbst nur erfahren, daß Probleme und Konflikte durch Sieg oder Niederlage gelöst werden, sind weder motiviert noch in der Lage, Konflikte zu analysieren, auszuhalten und auszutragen. Sie sind im Vermitteln zwischen Gegensätzen nicht geübt.

– in den von Menschen geschaffenen Strukturen der Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Entmündigung, die ohne Vorurteile und Feindbilder nicht bestehen können.

2.3. Vorurteile und Feindbilder dienen in erster Linie der Schuldzuweisung und eigenen Rechtfertigung. Sie machen blind für die gemeinsame Bedrohung, für gemeinsame Interessen, gemeinsame Verantwortung und verhindern gemeinsames Handeln. Sie

liefern den Vorwand für Gewalt und Aggressivität und für das Beharren in Unwissenheit, Gleichgültigkeit und Haß.

3. Angebot

Mit vielen Menschen anderer Denkweisen und Traditionen verbindet uns die Sehnsucht nach Frieden. Wir möchten mit ihnen gemeinsame Schritte tun. Was bringt uns auf den Weg der Hoffnung?

Wir glauben an Gott, der uns durch Jesus Christus den Weg zu Frieden und Versöhnung gezeigt hat. „Er ist unser Frieden. Er vereinigte Juden und Heiden und riß durch sein Sterben die trennende Wand der Feindschaft nieder“ (Eph 2, 14) Christus ist Gottes Schalom für eine zerrissene Menschheit. In der Nachfolge Christi ist uns aufgetragen, Feindschaften zu überwinden und Feinde zu versöhnen. Wir müssen uns gegenseitig helfen, friedensfähig zu werden. Dazu ist Friedenserziehung in allen Bereichen unseres Zusammenlebens nötig.

Jesus hat uns in der Bergpredigt die Feindesliebe gelehrt und sie vorgelebt. Er machte deutlich, daß Liebe mehr ausrichten kann als Haß. Feindesliebe sieht in Feindschaft etwas Vorläufiges. Sie versucht, sich in das Denken und Fühlen des Gegners hineinzuversetzen („Lerne in den Mokkassins des anderen zu gehen“ - indianisches Sprichwort). Sie tut den ersten Schritt. Sie ermöglicht so Entfeindung der Feinde.

4. Erwartungen

4.1. Erwartungen an uns selbst, die Familie und alle Erziehungsträger.

Für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen sind nicht zuerst Institutionen verantwortlich, sondern die Eltern. Eine Delegation dieser Aufgabe an andere kann bedeuten, die Chance einer Friedenserziehung leichtfertig zu vergeben.

Wir erwarten:

4.1.1. daß die zentrale Aufgabe der Friedenserziehung die Erziehung zu Konfliktfähigkeit und Mündigkeit wird, sowohl im zwischenmenschlichen Bereich wie im Verhältnis zu anderen Völkern und weltanschaulichen Positionen.

Dazu gehört es

- Selbstwertgefühl zu wecken und zu stärken,
- Konflikte nicht zu leugnen,
- Konfliktbeteiligte zu erkennen,
- unterschiedliche Bedürfnisse und Gefühle ernst zu nehmen,
- auf Konfliktlösung durch Sieg und Niederlage zu verzichten
- zu Engagement, Solidarität und gewaltfreier Verweigerung zu befähigen,
- sich der gemeinsamen Verantwortung für die Schöpfung bewußt zu werden.

Das bedeutet,

- Erziehungspraktiken kritisch zu prüfen,
- die Modellwirkung des eigenen Verhaltens (besonders gegenüber Kindern) zu erkennen,
- zu lernen, mit Aggressionen umzugehen,
- zu lernen, mit friedlichen Mitteln zu streiten,
- auf drohende und herabsetzende Gebärden zu verzichten,
- globales Denken zu wecken und zu fördern.

4.1.2. daß wir unsere Sprachgewohnheiten korrigieren hinsichtlich

- offen oder versteckt militanter Ausdrücke,
- herabsetzender Worte,
- der Weitergabe von Vorurteilen und Feindbildern durch Schlag- und Sprichwörter.

4.1.3. daß kindliches Spiel kritisch überprüft wird auf Aggressivität, die auf Entwürdigung oder Vernichtung zielt, und Spielzeug auf Verführung zu und Verharmlosung von Gewalt (Kriegsspielzeug, aggressive Computerspiele).

Das bedeutet,

- den Zusammenhang zwischen kindlichen Spielgewohnheiten und vorgelebten Modellen wahrzunehmen,
- neue Erziehungsverantwortung mit alternativen Spielangeboten einzuüben.

4.1.4. daß Fernsehgewohnheiten der Kinder und Erwachsenen hinsichtlich Dauer und Inhalt kritisch geprüft und

gesehene Programme gemeinsam besprochen werden.

4.1.5. daß die Erziehungsverantwortlichen aufmerksam gegenüber offenen und versteckten Vorurteilen und Feindbildern in Literatur und Filmen für Kinder und Jugendliche sind.

Frucht der Friedenserziehung sollte es werden, jeder und jedem einzelnen in Familie und Gruppe die gleiche Chance zur Entfaltung zu eröffnen und sie zur Wahrnehmung ihrer Mitverantwortung auf verschiedenen Ebenen zu befähigen.

4.2. Erwartungen an die Kirchen

Die Spaltung der Christen und Kirchen ist exemplarisch für den Zustand der Welt. Wir müssen immer neu beginnen, in und zwischen unseren Kirchen Frieden zu leben.

4.2.1. Umkehr in unseren Haltungen
Wir erwarten

- eine neue Einstellung zur Existenz von Konflikten und die Suche nach evangeliumsgemäßen, partnerschaftlichen Konfliktlösungen,
- mehr Toleranz, damit andersdenkende, Andersfühlende, Andershandelnde in Kirche und Gemeinde nicht ausgegrenzt, sondern als Anfrage an die eigene Lebensweise erfahren werden, die sachliche Auseinandersetzung gesucht wird und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erprobt werden,
- die verstärkte Einübung friedensstiftender Verhaltensweisen in der christlichen Unterweisung,
- Rückenstärkung derjenigen, die sich in Kirche und Gesellschaft aus Verantwortung vorwagen, und Ermutigung der Zaghafte, aus christlicher Verantwortung zu reden und zu handeln,
- die Auseinandersetzung mit schulbelastender Vergangenheit und Gegenwart in Kirche und Gesellschaft, an der wir selber teilhaben, und ihre Aufarbeitung in Richtung Vergebung, Sühne, Neuanfang,
- die Bereitschaft der Gemeinden, Übungsfelder für Friedenserziehung zu sein,
- eine Atmosphäre und Kultur in

Gremien und Räumen, die friedensfördernd wirkt.

4.2.2. Umkehr in unserer Verkündigung

Wir erwarten eine Verkündigung, die mehr frohe Botschaft wird, die christliche Sein und christliche Befähigung entdeckt und im Alltag verhilft zu

- Toleranz und Vergebenkönnen,
- Angstminderung und Leidenkönnen
- ehrlicher Selbst- und Fremdwahrnehmung,
- Diakonie und Solidarität,
- Leben und Glauben in Modellen der Gemeinsamkeit.

4.2.3. Umkehr zu neuen Gemeinsamkeiten

Wir erwarten

- Einrichtung einer ökumenischen Arbeitsgruppe Friedenserziehung auf DDR-Ebene, die Bildungs- und Weiterbildungsmodelle sammelt und anbietet, ein Netz von Mitarbeitern knüpft, Erziehungs- und Konfliktberatung vermittelt,
- die Entwicklung und Förderung von Initiativen einer grenzüberschreitenden ökumenischen Zusammenarbeit in der Friedenserziehung (z.B. Eintreten für eine internationale Arbeitsgruppe „Feindbildabbau“).
- die Einführung eines Lernfeldes „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung“ in allen kirchlichen Ausbildungsstätten, das sich in Inhalt, Teilnehmern und Leitern bewußt ökumenisch darstellt.
- mehr ökumenische Zusammenarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit, die sich der Friedenserziehung widmet, und mehr ökumenische Erwachsenenarbeit, die hilft, Lebens- und Erziehungsstile zu überdenken und zu korrigieren.
- Förderung von Dienste-Modellen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (ökumenischer Friedensdienst, vgl. 1 - Grundlegung 2.2.3.), die sozialen Diensten der Kirchen analog organisiert sein können; Friedensbereitschaft wächst in Schritten des Helfens und Lernens,
- die Zuhilfenahme humanwissenschaftlicher Erfahrungen für Beratung und Gruppenarbeit zu Förderung von

Kommunikations- und Kontaktfähigkeit,

– von den Kirchenleitungen, daß sie sich bei Stellungnahmen zu Erziehungsproblemen in der DDR gegenseitig konsultieren, von Fachleuten beraten lassen und eine ökumenische Stellungnahme anstreben,
– den kritisch reflektierenden Gebrauch traditionellen Liedgutes, das militante Formulierungen enthält.

Christliche Friedenserziehung ist ihrem Wesen nach ökumenisch. Sie kann nur beginnen mit der Umkehr der Erwachsenen.

4.3. Erwartungen an staatliche und gesellschaftliche Institutionen
Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Konfessionen in unserer Gesellschaft sind sich einig über die Notwendigkeit, einen Krieg in Europa unbedingt zu verhüten. Wie das geschehen soll, ist umstritten. Aber der Frieden kann nur gemeinsam bewahrt werden. Die ihn bewahren wollen, sollten aufeinander hören und aufeinander zugehen.

Kirchenleitungen sollten die folgenden Erwartungen mit gesellschaftlichen und staatlichen Vertretern besprechen.

Wir erwarten

4.3.1. die Anerkennung von Dialog und Toleranz als unverzichtbare Grundsätze des Umgangs Verschiedenkender miteinander auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Dazu gehören

- die Bereitschaft zu offenem, auch öffentlichem Meinungsstreit in mündlicher und schriftlicher Form,
- die Bereitschaft, dem anderen zuzuhören und seine Argumente zu bedenken,
- die Bereitschaft, die Neigung zu überwinden, Andersdenkende in überkommene Feindbildkategorien einzuordnen,
- die Bereitschaft, auf administrative Maßnahmen zur einseitigen Beendigung des Dialogs zu verzichten.

4.3.2. den Abbau von Vorurteilen und Feindbildern in der Erziehung und Ausbildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen, und die Befähigung zu friedlicher Konfliktlösung.

Dazu gehört

- umfassende Friedenserziehung im Sinne des Neuen Denkens in den Erziehungseinrichtungen und die Abschaffung des Wehrunterrichts an den Schulen,
- die Entfernung militärverherrlichender Inhalte und Tendenzen zur Feindschafts- und Haßerziehung aus Lehrbüchern, Lehr- und Erziehungsplänen sowie aus den Medien,
- Angebote für Erwachsene zum Erlernen friedlicher Konfliktbewältigung,
- die Einstellung der Produktion und des Verkaufs von Kriegsspielzeug,
- die Abschaffung der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung und ihrer Verknüpfung mit dem Zugang zu bestimmten Bildungswegen und Berufen.

4.3.3. die stärkere Berücksichtigung der Tatsache, daß zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern ein gegenseitiges Kennenlernen unerlässlich ist. Das schließt ein

- die Ermöglichung ungehinderter Kontakte und freien Reisens,
- die vermehrte Durchführung von Schüler- und Jugendaustausch sowie Förderung von Partnerschaften über Staats- und Systemgrenzen hinweg,
- stärkere gesellschaftliche Bemühungen, bei uns lebende Ausländer in ihrer Art anzunehmen und ihnen Integration zu ermöglichen; ihre Anwesenheit als Chance für die Friedenserziehung zu sehen.

4.3.4. die Unterstützung der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben durch Freistellungen, Teilzeitbeschäftigung oder Gleitzeitangebote.

Friedenserziehung ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie bedarf des Willens, der Kreativität und des Dialogs.

5. Ausblick

Aus der gemeinsamen Bedrohung zu gemeinsamem Handeln zu finden, verlangt eine neue, globale Sicht, ein Hinausgehen über Einzel-, Gruppen- und Staatsinteressen, die Absage an vorurteilsgestützte und durch Feindbilder aufrechterhaltene Konfrontation.

Friedenserziehung muß uns befähigen, den bisherigen Gegner in seiner ökonomischen, kulturellen und sozialen Andersartigkeit zu sehen und anzunehmen. Sie umfaßt auch das Vermitteln der Reichtümer und Sehweisen des anderen und die Bereitschaft, sich in Frage stellen zu lassen.

Wir Deutschen haben beispielloses Unheil über Europa gebracht, das seine schrecklichste Steigerung in der Verweigerung des Existenzrechts der Juden fand. Vor uns steht deshalb in besonderer Weise die Aufgabe, andere Menschen und Völker nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung anzusehen. Beginnend mit kleinen Schritten wollen wir in der Nachfolge Jesu zu einem umfassenden Prozeß der Ent-Feindung in unserem zerrissenen Europa beitragen.

Schlußdokument der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden, April 1989. Zit. nach: EKD-Texte Nr. 38, Berlin 1991, S. 72f.